

Südafrika nach Marikana

Das Massaker als Wendepunkt für den regierenden ANC / Von Thomas Scheen

JOHANNESBURG, im September

Auch einen Monat nach dem blutigen Einschreiten der Polizei im südafrikanischen Marikana, bei dem 44 Menschen getötet wurden, streiken die Kumpel weiter. Sie drohen, die Platinmine in Brand zu setzen, sollte das Management die Forderung nicht erfüllen, ihre Gehälter zu verdreifachen. Neu ist, dass die Streikenden ihre Forderungen nicht mehr über die Gewerkschaften durchzusetzen versuchen, sondern für sich selbst sprechen. Die mächtige „National Union of Mineworkers“ (NUM) ist ebenso in Verruf geraten wie die „Association of Mineworkers and Construction Union“ (AMCU), die den wilden Streik in Marikana begonnen hatte, weil sie der NUM das Wasser abgraben wollte.

Heute vertrauen die Kumpel niemandem mehr: nicht der Polizei, die wohl nicht nur in Notwehr geschossen, sondern offenbar auch gezielt Bergarbeiter hingerichtet hat; nicht mehr der Politik, die sich in der Person des Präsidenten Jacob Zuma zu spät und dann sprachlos in Marikana blicken ließ; nicht mehr der Justiz, die 270 Festgenommene in Sippenhaft mit Mordanklagen überzog; erst recht nicht den Gewerkschaften, die als verlängerter Arm des Kapitals gelten.

Die Regierungspartei „African National Congress“ (ANC) hat keine Antwort auf die Frage, die sich neben den Kumpeln von Marikana das ganze Land stellt: Wie kann eine dünne Oberschicht von schwarzen Politikern, Geschäftsleuten und Gewerkschaftern unter anderem durch Beteiligungen an Bergbaukonzernen in kurzer Zeit unglaublich reich werden, während mehr als 20 Millionen Südafrikaner weiter in Wellblechhütten hausen und für sehr wenig Geld in diesen Bergwerken arbeiten müssen. Die Antwort fällt auch deshalb schwer, da sie einem Offenbarungseid gleichkäme: Dem ANC tritt man nicht mehr bei, weil man an die Gleichheit aller Menschen glaubt, an Toleranz und an das Engagement für die Zukurzgekommenen, sondern weil das Parteibuch in einer von Korruption beherrschten Gesellschaft Tür und Tor für lukrative Deals öffnet. „Shortcut“ (Abkürzung) sagt dazu der Volksmund.

18 Jahre nach dem Ende der Apartheid weht dem ANC eine steife Brise ins Gesicht. Ungewiss ist, wie sich das „Massaker von Marikana“ auf den für Dezember geplanten ANC-Parteitag in Bloemfontein auswirken wird. Dort will Zuma abermals als Parteivorsitzender kandidieren, womit er auch Spitzenkandidat für die 2014 vorgesehenen allgemeinen Wahlen wäre. Ob ihm das gelingt, ist fraglich. Marikana und seine Folgen haben dem linken Flügel des ANC, der mit der Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und strengeren Arbeitsgesetzen liebäugelt, Auftrieb gegeben. Jacob Zuma, der einst auf dem Trittbrett der Linken im ANC gegen den als rechts angesehenen Thabo Mbeki siegte, ist für die Linke ein Rechter geworden. Zumas Widersacher, voran sein Stellvertreter Kgalema Motlanthe, glauben, dass nur ein deutlicher Linksrutsch dem ANC die Chance bietet, sich weiter an der Macht zu halten. Auch das ist seit Marikana ein neues Phänomen: Die lange als übermächtig angesehene frühere Befreiungsbewegung fürchtet eine Wahlniederlage.

Der Ausgang des Parteitags von Bloemfontein wird maßgeblich von der Haltung des Gewerkschaftsdachverbands Cosatu abhängen, der mit der Kommunistischen Partei Südafrikas und dem ANC eine Regierungskoalition bildet. Die Nähe zur Politik wird dem

Verband zunehmend zum Verhängnis. Zum einen soll er die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten, gleichzeitig muss er den wirtschaftsliberalen Kurs der Regierung mittragen. Die größte Einzelgewerkschaft innerhalb Cosatus, die „National Union of Mineworkers“ (NUM), hatte aufgrund ihrer Nähe zu den Bossen schon vor den Ereignissen von Marikana viel von ihrer Glaubwürdigkeit verloren. Seit Marikana ist klar, dass sie nicht mehr für die Kumpel spricht. Cosatu verliert dramatisch an Einfluss. Innerhalb des Verbands werden Stimmen laut, die die Ablösung des als „Salonkommunisten“ verunglimpften Generalsekretärs Zwelinzima Vavi und eine Aufkündigung der Regierungsallianz fordern. Für den ANC wäre das eine Katastrophe: Es sind die Gewerkschaften, die der Partei die Wähler bringen, nicht umgekehrt.